OSIDZEITUNG

Studierendenzeitung des Otto-Suhr-Instituts, 7. Ausgabe, Februar 2009

Personelle Mauschelei

Wie die Ideengeschichte wird zum Spielball wird.

Seite 4

Politisch (Un)Mündig?

Das Ende der politischen Erwachsenenbildung. Seite 10

Polizeiliche Maßnahme

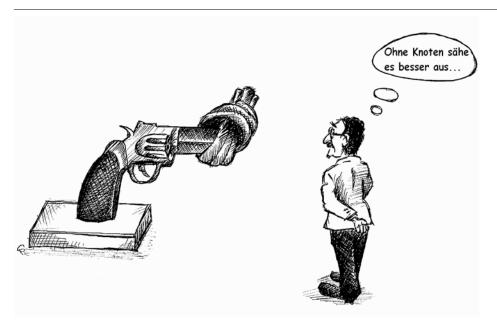
Sein und Schein auf der Imma-Feier.

Seite 12

Polierter Mythos

Wie die FU an ihrem Image schrubbt.

Seite 14



Auch SFB-Mitarbeiter haben einen kritischen Blick.

Im Schützengraben

Studierende üben heftige Kritik am SFB 700 und seiner Forschung - die WissenschaftlerInnen fühlen sich unfair behandelt von Marcel Heberlein

▶ Kriegsmetaphern sind gemeinhin so einfallsreich wie Reden von Horst Köhler mitreißend sind. Politische Meinungsverschiedenheiten werden gern mit Kriegen verglichen, Fussball sowieso. Am OSI ist gerade der Krieg selbst zum Diskussionsgegenstand geworden. Und die Diskutanten weisen durchaus viele Gemeinsamkeiten mit feindlichen Heerscharen auf. Ein wenig Kriegsrhetorik scheint deshalb nicht unangemessen. In den Schützengräben liegen sich gegenüber: Die MitarbeiterInnen des Sonderforschungsbereichs 700 "Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit" und eine Gruppe antimilitaristisch bewegter Studierender. Es geht um richtige und falsche Forschung, die Zukunft

des OSI und den Zweck von Politikwissenschaft - kurz: Es geht mal wieder um alles.

Zum Kriegsausbruch kommt es in den ersten Novemberwochen. Am weltweiten Antimilitarismustag hatten Unbekannte in einem Anflug handwerklichen Tatendrangs ein Bett zusammengezimmert und im Foyer der Ihnestraße 21 ausgestellt. Ein weißes Laken und aufgeschlitzte Kissen mit reichlich Federn rundeten das Bild eines Anschlags im Schlafzimmer ab. Als kleine Zugabe platzierten die Provokateure am Kopfende ein Portraitbild von Thomas Risse, Professor für Internationale Beziehungen. Fertig war das Kunstwerk, die Kampfansage, der Skandal - je nach Blickwinkel.

Verschwörung abgesagt

EIN KOMMENTAR VON MARCEL HEBERLEIN

▶ "Erst schießen, dann fragen" - unter diesem Motto scheint der Widerstand gegen die Arbeit des SFB 700 zu stehen. Die Proteste seit November haben ordentlich provoziert, von viel Sachverstand zeugten sie aber häufig nicht. Wenn sich selbsternannte Antimilitaristen Slogans wie "SFB angreifen" zueigen machen, geben sie sich der Lächerlichkeit preis. Und nicht nur das: Mit überzogen persönlichen Attacken erweisen sie der Kritik am SFB einen Bärendienst. Dabei ist Kritik dringend nötig. Vor allem die drohende Engführung des OSI auf den Bereich IB verdient eine breite öffentliche Debatte. Und auch die Methoden und Fragestellungen der SFB-Forschung gehören hinterfragt. Die Protestbewegten haben sich dagegen in die Idee eines Teufelspakts verrannt: Der SFB arbeitet für das Militär, die Industrie und die Regierung. Diese Analyse ist gelinde gesagt unterkomplex und besitzt eher paranoide Züge. Die Vorwürfe gegen "weiße westliche Wissenschaftler" sind ihrerseits diskriminierend und würden in der Konsequenz fast jedweder Forschung den Garaus machen. Und wer als Kritiker oder Kritikerin glaubt, die Welt allein durchschaut zu haben, offenbart eben jene mangelnde Reflexionsfähigkeit, die er oder sie bei anderen zu erkennen glaubt.

Inhalt

Lacht doch mal Die politische Kultur am OSI versauert

Seite 6

Schlüssel war gestern Kein Blick durchs Schlüsselloch Seite 7

OSI-News Neuigkeiten vom Institut Seite 8

In Dahlem nichts Neues Schrødders satirischer Vergeltungsschlag

Seite 9

Am Ende zählt das Geld Das Ende der politischen Erwachsenenbildung am OSI

Seite 10

Ministry of Love Mythosbildung und Mystifizierung an der FU Seite 12

"Warum das Ganze?", fragten sich viele. "Wer sich einbettet, muss Federn lassen" schrieben die Unbekannten auf ein Transparent, das fortan aus den Fenstern hing. "Kriegsforschung stoppen" war auf Flugblättern zu lesen oder "Governance ist Krieg". "SFB 700 angreifen" hieß es schließlich in einer Broschüre der KritikerInnen. "Der SFB legitimiert mit seiner Forschung Kriege", sagt Sarah Walz, OSI-Studentin und in vielen Universitätsgremien aktiv. Man habe aufrütteln wollen, aufmerksam machen auf die problematischen Forschungsziele und methoden des SFB.

Nicht alle Studierenden waren mit der Art des Protests einverstanden. "Wir sind empört und verärgert, dass bei den jüngsten Demonstrationen indirekte Drohungen gegen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des SFB ausgesprochen wurden und dabei der SFB-Sprecher persönlich diffamiert wurde", heißt es in einem offenen Brief von Studierenden.

Die harsche Kritik hielt derweil an. Mitte Dezember lud die Fachschaftsinitiative (FSI) des OSI zu einem Vortrag unter dem Titel "Who the

X Zu viel Verschwö-

rungstheorie - kritisiert

SFB-Mitglied Daxner **{{**

fuck is SFB 700?". Es sprach Detlef Hartmann, ein Anwalt aus Frankfurt und Mitglied im Redaktionskollektiv für Antiimperialismus. Schon der Flyer für die Veranstal-

tung war allerdings nicht geeignet, die Spannungen zwischen den Lagern abzubauen. Mit Ausschnitten aus der Erinnerungs-Plakette an der Ihnestraße 22 wurde die Diskussion beworben. "Wissenschaftler haben Inhalt und Folgen ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu verantworten", heißt es da. Die Plakette soll an die Experimente eines gewissen Josef Mengele erinnern. Ein Nazi-Vergleich also?

Die OrganisatorInnen winken ab. So habe man das ganz sicher nicht gemeint, stellten sie vor der Veranstaltung klar. Für das Dekanat trotz allem ein Grund, einen Raum für die Diskussion zu verweigern. Und einen privaten Sicherheitsdienst vorbeizuschicken, der mit harten Bandagen gegen Studierende und Dozierende vorging, die sich trotzdem einfanden. Mitarbeiter des SFB hatten sich hinter den Kulissen bemüht, das Dekanat von der Wichtigkeit einer Debatte zu überzeugen. Vergebens. Erst der Einsatz von Hajo Funke, der seinen Seminarraum zur Verfügung stellte, entschärfte die Situation.

Der Referent Detlef Hartmann bot dagegen wenig, was zur Beruhigung der Gemüter beitrug. Von einer Remilitarisierung der Wissenschaft war in seinem Vortrag viel die Rede. "Die Knarre in der einen Hand, den Bleistift in der anderen", hieß es schon in einem von Hartmanns Artikeln. Im Zentrum der Kritik, eine Studie der SFB-Mitglieder Jan Köhler und Christoph Zürcher zur Wirkung ziviler Wiederaufbauteams im Norden Afghanistans. Nicht so sehr der Inhalt der Studie steht seither im Fadenkreuz der

> KritikerInnen, sondern vielmehr die Art ihres Zustandekommens. Die beiden Wissenschaftler verfassten sie im Auftrag des deutschen Ministeriums für Verteidi-

gung. Auftragsforschung für die Kriegstreiber lautete daher der Vorwurf in Hartmanns Vortrag. "Der SFB betreibt Auftragsforschung", sagt auch Sarah Walz. "Ob die SFB-Leute auch noch extra Geld dafür bekommen oder nicht, ist eigentlich egal. Sie stellen aber der Regierung ihre Forschung zur Verfügung und dienen damit ihren imperialistischen Interessen."

Die Gegenseite brachte ihre Geschütze in Stellung, nach gut 45 Minuten konnten die ersten Kanoniere nicht mehr an sich halten. "Zu wenig Empirie, zu viel Verschwörungstheorie", machte etwa SFB-Forscher Michael Daxner im Vortrag aus. Auf den Vorwurf eines Studenten, es gehe in Afghanistan doch nur um die Ausbeutung von Ressourcen wie Opium, antwortet er: "Opium? Ja für sie vielleicht." Der Verfasser der Studie, Jan Köhler, fühlte sich persönlich diffamiert und ging zum Gegenangriff über. Die Studie sei im Rahmen seines privaten Politikberatungsunternehmens erstellt worden. Mit seiner Arbeit für den SFB habe sie nichts zu tun. Was hier passiere, sei eine Verteufelung seiner Person. Tatsächlich geben beide Seiten sich danach selbstkritisch, scheinen zu einem Waffenstillstand bereit - bis der Referent ein letztes »



Harsche Vorwürfe: Die Proteste im November 2008.



Hort neokolonialer Wissenschaft? Das SFB-Haus an der Binger Straße Foto: AB

Mal das Wort erhebt. Auch damals vor 60 Jahren seien es die jungen aufstrebenden Wissenschaftler gewesen, von denen die Gefahr für den Frieden ausging, sagt er. Wütende Proteste, alle gehen heim, alles wie gehabt.

Auch die Vorstellung einer SFB-Arbeit von Jan Köhler im Januar bringt die beiden Seiten einander nicht näher. Für das Working Paper zur Wahrnehmung der Bundeswehr durch die afghanische Zivilbevölkerung wurden 2000 Haushalte im Nordosten Afghanistans zu Ihrer Befindlichkeit befragt. Das überraschende Ergebnis: Eine deutliche Mehrheit der Afghanen sieht den Einsatz der Bundeswehr positiv, assoziiert die deutschen Truppen mit dem Aufbau von Infrastruktur und mehr Sicherheit. "Wir dachten auch erst: Das ist zu positiv. Das kann nicht sein", erklärt Thomas Risse. Man habe die Befragung wiederholt, aber das Ergebnis sei das gleiche gewesen. Unter den politischen Entscheidungsträgern der Bundesregierung wurde die Afghanistan-Studie des SFB in der Tat als eindeutiges Zeichen für einen Bundeswehreinsatz gewertet. "Dass solche Ergebnisse missbraucht werden, kann man nie verhindern", sagt Thomas Risse. "Das einzige, was sie tun können: Sie können die Interpretation gleich mitliefern." Nach Erscheinen der Studie schrieb er in der Süddeutsche Zeitung, die deutschen Truppen würden auf lange Zeit in Afghanistan gebraucht. Den Deutschen müsse aber klar gemacht werden, dass sich die Bundeswehr bereits jetzt in einem Kampfeinsatz befinde. Eine Ausweitung des deutschen Engagements auch auf den Süden des Landes nennt Risse "in der Sache falsch."

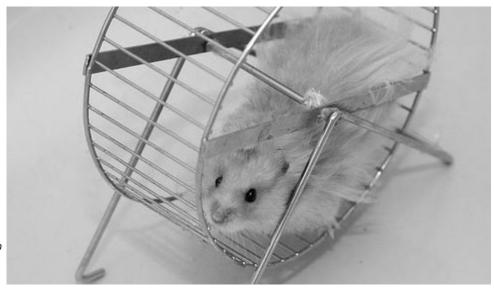
"Hier soll Herrschaft legitimiert werden", erklärt dagegen Sarah Walz. Statt das System kritisch zu hinterfragen, arbeite der SFB an einer Reproduktion von Herrschaftswissen. Möglichst wenig Widerstand gegen die neokolonialen Interessen der Interventionstruppen sei das Ziel der Bundesregierung. Diesem Ziel arbeite auch der SFB zu und werde deshalb finanziert. Ein militärisch-industriell-wissenschaftlicher Komplex sozusagen. Die Atmosphäre der Diskussionsveranstaltung im Januar habe sie an die Berliner Afrikakonferenz 1884 denken lassen, sagt Sarah. Auch wenn es diesmal im wissenschaftlichen Raum passiere: Wieder sei es ein weißer Mann gewesen, der vor einem weißen Publikum über andere Weltregionen richte. "Der Vortrag von Jan Köhler wurde zwar kritisch aufgenommen. Grundsätzlichen Widerspruch gab es aber nicht", erklärt Sarah.

Wie vielen KritikerInnen geht es ihr nicht nur um die Forschung des SFB, sondern auch um seinen Einfluss am OSI. Der neue Strukturplan mit der Berufung von Sven Chojnacki und Christoph Zürcher zeige, dass der SFB dabei sei, das Institut zu übernehmen, sagt Sarah. Die Theorie, ein Bereich des OSI, für den sich besonders viele kritische Studierende interessierten, werde dafür zurechtgestutzt. Eine Gewichtsverlagerung hat auch Thomas Risse am OSI ausgemacht. Weg von der Parteienforschung, hin zu Internationalen Beziehungen und Vergleichender Politikwissenschaft. So eine Verschiebung gehe immer mit Verteilungskämpfen einher. "Der SFB ist dabei natürlich eine dicke Nummer", sagt Risse. Ängste, dass der Forschungsverbund sich das OSI einverleibe, kann er nicht nachvollziehen. Eher andersrum. "Was übersehen wird ist, dass das halbe OSI am SFB beteiligt ist. Auch die Politische Theorie - und zwar von Anfang an." Für viele Kritikerinnen klingt das eher nach einer Drohung.

Wie ein Hamster im Laufrad

Eine studentische Perspektive auf den Protest gegen die Abschaffung der Professur Ideengeschichte am OSI

von Max Czollek



Auf der Stelle getreten - Hat das Streiten für Ideengeschichte überhaupt etwas bewirkt? Foto: privat

➤ In den Augen mancher hat die Ideengeschichte ihr Verfallsdatum überschritten. Sie ist alt geworden. Einst eine Eckprofessur des OSIs, scheitern Versuche einer Wiederbelebung regelmäßig an den Mehrheiten in den betreffenden Gremien. Die Vertretung der vakanten Stelle durch Klaus Roth schien zwar den Verfallsprozess aufzuhalten, stand jedoch am Ende auf verlorenem Posten.

Nun kursierten im letzten Sommer eine Menge Gerüchte, gar von einer Auflösung der Stelle war die Rede. Damals wurde noch bunter gemalt, was dann schwarz auf weiß geschah: Am 4. Juni 2008 beschloss der Fachbereichsrat die Veränderung des Strukturplans des Otto-Suhr-Instituts und mit ihr die Umschreibung der Professur Ideengeschichte zu einer Juniorprofessur. Die durch diese Veränderung frei gewordenen Mittel sollten zur Schaffung zwei neuer Professuren in der vergleichenden Politikwissenschaft zu Friedens- und Konfliktforschung sowie Sicherheitspolitik verwandt werden. Auf die Stellen sollten zwei Mitarbeiter des SFB 700 berufen werden, deren Vertrag zum Ende des Jahres auslaufen sollte.

All das wurde bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung ausführlich beschrieben, deshalb hier nur kurz: Proteste im Institutsrat (IR) durch anwesende Studierende, Berufung einer Transparenz-Kommission durch die An-

wesenden VertreterInnen, studentische Podiumsdiskussion, keine Reaktion vom Dekanat, studentisches aufschiebendes Veto, Forderung nach einer öffentlichen Diskussion, keine Reaktion vom Dekanat, Rechtsgutachten vom AStA: Das Verfahren ist nicht legal, offener Protestbrief der "Deutsche(n) Vereinigung für Politische Wissenschaft, Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte", keine Reaktion vom Dekanat, Kommission arbeitet weiter, stellt Anfragen, keine Reaktion vom Dekanat, lädt ein, keine Reaktion vom Dekanat, äußert sich im IR, keine Reaktion vom Dekanat, usw. Die Arbeit der Kommission beschränkte sich in diesen Wochen auf eine intensive Auseinandersetzung, die Interessantes zutage brachte, aber wie ein Echo in den Tiefen der Institution zu verhal-

Aber dann, nachdem wir einige Monate vergebens gelauscht hatten, vernahmen wir so etwas wie ein leises Echo unseres imposanten Protestrufs "Für den Erhalt der Professur Ideengeschichte!" Es war, als würde es leise aber trotzdem vernehmbar zurück schallen: "...fessur Ideengeschichte". Während eines privaten Gesprächs hatte eine wichtige Person gegenüber einem Mitglied der Kommission angedeutet, die Ideengeschichte als tenure-track ausschreiben zu wollen. Was für eine Überraschung, was für ein Umschwung! Und als wäre das noch ▶

nicht genug, als würde die Person uns, nun vollends verblüffen wollen, fügte sie hinzu, sie habe das sowieso schon die ganze Zeit gewollt.

So kam es also zu einer politischen Entscheidung in dem Fall Ideengeschichte: Alle wollten dasselbe von Anfang an und wir fragten uns verwundert, warum wir so viel Energie und Zeit aufgebracht hatten, um zu brüllen und auf ein Echo zu lauschen, wenn von Anfang an gar nichts da gewesen war, um es zu uns zurück zu hallen – Es schien fast so, als hätten wir die ganze Zeit versucht, ein Phantom zu bekämpfen, nur um festzustellen, dass es sich nach einigen

Schlägen in Luft auflöste und die Sicht frei gab auf nichts, außer: Gleichgesinnte, die ihre helfende Hand ausstreckten mit den Worten: "Wir wollen gern helfen, aber ihr müsst uns doch auch verstehen..." Vielleicht verhielt es sich wirklich so, dass alle von Anfang an die Ideengeschichte retten

wollten und nur wir Studierenden verstanden das vollkommen falsch. Ein Generationenkonflikt? Eine Kommunikationsstörung zwischen Sender und Empfänger? Vielleicht ist das so, vielleicht aber auch ganz anders.

Eine andere Möglichkeit soll an dieser Stelle noch kurz angedeutet werden: Anfang des Sommersemesters 2008 kam es im Fachbereichsrat zu einer Kampfabstimmung über das Berufungsverfahren. Als Auslöser diente der Ausschluss einiger ProfessorInnen von der Wahl zur Besetzung der neuen Professuren und die Sorge von Wissenschaftssenator Zöllner über die "politische Kultur am OSI", die er in einem Brief an das Dekanat geäußert hatte. Die Situation war also alles andere als entspannt, auch wenn der Institutsrat das Verfahren nach einer langen Sitzung billigte. Vielleicht war also der Druck zu groß geworden für das Dekanat, so dass die inneruniversitäre Opposition mit einem Kompromiss befriedet werden sollte. Und die Aussage, diese Stelle schon immer gewollt zu haben, wäre nichts anderes, als politisches Kalkül, der Versuch, die Lösung nicht als Kompromiss zu präsentieren, sondern als Durchsetzung der eigenen Linie. Dass diese Annahme sich einreiht in die bisherige Praxis des Dekanats, zeigten Gespräche mit Internen, die der Leitungsebene eben jene Vorliebe zur Adaption bescheinigten. So bleibt es also zweifelhaft, ob das Ergebnis als Erfolg für die studentischen Initiativen interpretiert werden kann oder als Ende eines sinnlosen Schattenboxens. Ein schaler Nachgeschmack bleibt aber in jedem Fall: Mauschelei wurde mit Mauschelei gekontert, was den Erfolg einer Kommission, die sich auch als "Transparenzkommission" bezeichnet, fragwürdiger macht. Außerdem blieben viele Fragen ungeklärt: Wer finanziert die Professur, nachdem der tenure-track ausläuft und die alte Kostenstelle neu geschaffen werden muss? Was ist die Per-

Juniorprofessuren (auch W1-Professuren genannt) sind befristete Stellen, die talentierten NachwuchswissenschaftlerInnen den Sprung auf eine Lebenszeitstelle erleichtern sollen. Von einem "Tenure-Track" spricht man, wenn eine Juniorprofessur die Option besitzt nach ihrem Ablaufen (meist nach 6 Jahren) in eine Vollprofessur umgewandelt zu werden. Die Einteilung in W1, W2 und W3-Stellen gibt die aufsteigende Rangfolge gemäß der neuen Besoldungsordnung an. Nur W2 und W3-Berufungen sind Berufungen auf Lebenszeit.

spektive zukünftiger Berufungsverfahren, wenn dieses "schlanke Verfahren" einer Berufung ohne öffentliche Ausschreibung, letztlich doch von der ProfessorInnenschaft bestätigt und von der Kommission "geradegemauschelt" wurde? Werden die Diskussionen über die Zukunft des OSI also bald wie-

der öffentlich und im Vorfeld geführt?

Bei all diesen Fragen scheint Pessimismus angebracht. Zum einen existiert zu wenig Interesse auf Seiten der Studierenden, zum anderen zu wenig Bewusstsein bei den gegenwärtigen Entscheidungsmächtigen über die Notwendigkeit transparenter, demokratischer Willensbildung. Aber was bleibt als Alternative, wenn nicht die Fortsetzung einer Arbeit, die am Ende vielleicht vergeblich ist? So hoffen wir auf das neue Dekanat. Es dauert ja nicht mehr lang.

Nachtrag: Die Berufungskommission für die Juniorprofessur wurde gebildet. Die Vollprofessur wird demnach durch eine Juniorprofessur ersetzt. Der tenure-track steht in der Stellenausschreibung. Ob die zwei Mitarbeiter des SFB, für die der Strukturplan verändert wurde, dem Ruf ans OSI folgen werden, ist noch unklar - der eine ist nach Kanada gezogen, der andere lehrt nun in Kiel. Als Teil der "Transparenzkommission" und Autor dieser Zeilen frage ich mich, ob wir als Protestierende nicht die letzten Monate in einem riesigen Laufrad gerannt sind, dabei stetig rufend: Ideengeschichte, Ideengeschichte, Ideengeschichte! Ob wir uns vom Fleck bewegt haben, weiß ich nicht zu sagen, nicht einmal, ob wir wirklich gehört wurden.

Was bleibt anderes als die Fortsetzung der bisherigen Arbeit, auch wenn sie am Ende vergebens ist? So hoffen wir auf das neue Dekanat. Es dauert ja nicht mehr lang

Lacht doch mal

Die politische Kultur am OSI versauert

von Gerrit Horak

➤ Zugegeben, nicht nur am OSI, sondern an der gesamten FU sind die politischen Lager in den letzten Wochen ein wenig dünnhäutig unterwegs. Das könnte an der StuPa-Wahl gelegen haben oder am Besuch von Horst bei der Imma-Feier oder vielleicht auch nur an der Grippewelle.

Doch Obacht, es geht noch humorbefreiter: Wer sich denkt, dass gebildete Menschen am geschichtsträchtigen Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft einen originellen Diskurs hinbekommen könnten, irrt. Hier wird unlieb-

samen RednerInnen in Fachbereichsrat das Wort entzogen, Plakate anderer Gruppen aus Prinzip von der Wand gerissen und hier meinen alle immer alles einfach nur: böse.

Für ein Institut der Politikwissenschaft, das ein Ort für einen interessierten Diskurs unterschiedlicher Ansätze sein sollte, wird hier bemerkenswert extremistisch gedacht. Am OSI sind die Fronten zwischen Links und Liberal, Herrschaftskritik und Governance so verhärtet, dass es nur noch richtig oder falsch gibt. Die andere Seite hat grundsätzlich keine Ahnung von der Materie. Und so kommt es den SFB-Kriti-

kerInnen nicht in den Sinn, dass diese innig gehassten Menschen aus dem Alfried-Krupp-Haus vielleicht durchaus Arbeit in ihre Thesen gesteckt haben und davon überzeugt sind, eine lebbare Gesellschaft zu erdenken. Für sie ist Herrschaftswissen alles, was nicht auf eine Dekonstruktion aller Herrschaftsstrukturen zielt. Auf der anderen Seite dürfte die inhaltlich teilweise durchaus angebrachte Kritik zu fast hundert Prozent an WissenschaftlerInnen abprallen, die mit Statements glänzen, wie "Und Sie sagen: Ich habe zwar überhaupt keine Ahnung

vom Thema, aber ich hab mal eine Meinung."

Und das Dekanat, eigentlich zuständig für die Gesamtvertretung des Fachbereichs, eine Institution, die Brücken schlagen sollte, ist

mit dem genauen Gegenteil beschäftigt. Wichtige Informationen werden Institutsrat (IR) und Fachbereichsrat (FBR) vorenthalten oder nur auf direkte Nachfrage mitgeteilt. Kritische Nachfragen zu Verfahrensweisen in Berufungen werden nicht nur unhöflich, sondern in geradezu ungebührlicher Weise beantwortet ("Von Ihnen lass ich mir nicht ans Bein pinkeln"). Diskussionen werden ohne Ergebnis während der »



) Das OSI: Hier mei-

nen alle einfach alles

immer nur: böse 🕊

Verschneit und beschaulich? Wenn es um den Umgang miteinander geht, wohl kaum.

Foto: CM

Sitzung abgebrochen und Wortmeldungen werden übergangen. Bei unbequemen Nachfragen in Interviews werden die JournalistInnen gleich persönlich angegangen ("Ihre ganze Haltung, wie Sie hier schon sitzen"). Und wenn ProfessorInnen bei umstrittenen Personalfragen mitentscheiden wollen, werden eben einfach kurzfristig die FBR-Termine in die vorlesungsfreie Zeit verlegt, um den Zugang zur Sitzung zu erschweren. Offenbar hält man einen transparenten Diskurs, der alle Statusgruppen des Fachbereichs miteinbezieht und von Freundlichkeit oder auch nur Respekt gekennzeichnet ist, auch hier nicht für notwendig.

Entspannt waren die Diskussionen am Otto-Suhr-Institut sicherlich noch nie. Aber mit Sicherheit gab es Zeiten, in denen Wortwitz und der Respekt für andere Meinungen und Theorien höher geschätzt wurde. Die verschiedenen Interessengruppen haben über ihrem Wunsch, das Institut nach ihrem Begehr auszurichten, den Fakt aus den Augen verloren, dass eben dieses Institut als Heimat verschiedenster Strömungen dienen kann und soll. Besonders Gruppen und Personen, die über diese einzelnen Lager hinaus agieren wollen und einen konstruktiven Dialog an Bruchstellen wagen, werden argumentativ überrannt. Nach einem Institutstag, an dem alle zusammen arbeiten und ihre Wünsche und Probleme in einem Klima der Toleranz verständlich machen können, verlangt schon lange niemand mehr. Dabei hätte niemand etwas zu verlieren, wenn der Umgangston freundlicher wäre. Allenfalls gewinnen könnte das Institut. Denn wie sagte schon Oscar Wilde: "Lachen ist nicht der schlechteste Anfang einer Freundschaft und bei weitem das beste Ende."

Schlüssel war gestern

Generationswechsel an den Türen des OSI

von Christa Roth

➤ Schließ-Berechtigungs-Karte. Was für ein Wort! Vorbei die Zeiten des Schlüssel-Schloss-Prinzips, als man noch mit kindlicher Neugier durchs Schlüsselloch lugte, hoffnungsvoll, Unerwartetes zu sehen. Stattdessen: Die Zukunft spricht Visa. Zumindest ähnelt die Karte dem ordinären Chipkartenformat.

Zum Schutz vor Diebstahl!, lautet die Begründung dieser teuren Umgestaltung – angesichts respektabler Haushaltslöcher. Sparsam wie Deutsche sind, wurden jedoch die Löcher für die neuen so genannten "Zylinder" beibehalten. Besonders Linkshänder bekommen seitdem zu spüren, dass diese viel zu nah an den eigentlichen Türgriffen angebracht wurden. Prompt gab es Beschwerden über die Quetschgefahr, die von den neuen High-Tech-Türen ausgeht.

Doch auch Rechtshänder haben es nicht leicht: Vorbei sind die Tage, als man sich mit Kaffee und Kuchen die Arbeitszeit versüßen konnte. Um sich den Zugang zum eigenen Büro zu erkämpfen, braucht es beide Hände. Und dass es wirklich ein Kampf sein kann, erfährt man nach der Lektüre der FAQ-Elektronische Schließanlage. Etwa weil man auf einen "aufgeweckten" Zylinder angewiesen ist ("Sie müssen den Zylin-

der "aufwecken", indem Sie diesen Drehen bis er anfängt zu blinken."), der "die positive Zugriffsmeldung mit piepen und grünem Blinken signalisiert." Sollte die eigene Geschicklichkeit nicht ausreichen, liegt es möglicherweise an der "Vergänglichkeit der auf Ihrer Karte gespeicherten Berechtigungs-

daten". Deshalb lohnt der regelmäßige Gang zum Masterleser, eine Art Aufladestation.

Wenn man Opfer funktionsuntüchtiger Technikgeräte wurde: unbedingt den Kontakt zu den Kollegen intensivieren! Die freuen sich über die neu gewonnene Berechtigung, bei der Arbeit zu pausieren.

Doch Obacht! Obwohl es der Datenschutz verbietet, Schließvorgänge zu kontrollieren, ist das technisch möglich und im Falle eines Diebstahls sogar wahrscheinlich. Werkvertragsnehmer, also nicht-etatisierte Lehrkräfte, haben Probleme dieser Art übrigens nicht. Sie kriegen die Karten nur in Ausnahmefällen.



Schlüsselloch, wo bist Du geblieben? Foto: AB

OSI-NEWS

▶ In den umstrittenen Berufungsverfahren von Christoph
Zürcher und Sven Chojnacki
auf zwei W2-Professuren für
Friedens- und Konfliktforschung und Vergleichende Politikwissenschaft ist der Ruf an
die beiden Wissenschaftler offiziell ergangen. Beide haben
bis Mitte Februar Zeit, die Rufe
anzunehmen oder abzulehnen.
Zürcher lehrt momentan in
Ottawa, Chojnacki an der Universität Kiel.

Die Stelle für Ideengeschichte und Politische Theorie ist offiziell als Juniorprofessur mit Tenure-Track ausgeschrieben worden. Im Ausschreibungstext heißt es demnach, die 5-Jahres-Stelle werde die Option beinhalten, nach Ablauf in eine dauerhafte Professur umgewandelt zu werden. Um die Ausstattung der Stelle hatte es in den letzten Semestern heftigen Streit am Institut gegeben (siehe Artikel S. 4).

Anfang Februar fanden die Anhörungen für die neue Juniorprofessur Europäische

Integration statt. Die Stelle ist auf fünf Jahre begrenzt, finanziert sich durch den Arbeitsbereich von Prof. Tania Börzel und entsteht durch die Umwandlung einer wissenschaftlichen Mitarbeiterstelle. Sie enthält keine Option auf eine lebenslange Anstellung. Der oder die Berufene wird eine Lehrverpflichtung von anfangs vier, später sechs Semesterwochenstunden haben. Die Besetzung der Stelle wird für das kommende Wintersemester erwartet.

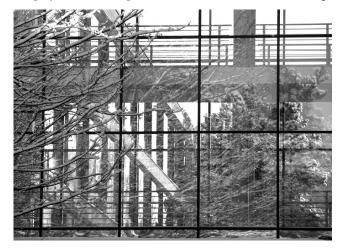
Ebenfalls offiziell ausgeschrieben worden ist die *Juniorprofessur Vorderer Orient*. Die Bedingungen entsprechen denen der Europäischen Integration. Cilja Harders, Professorin für den Vorderen Orient, hatte die Stelle im Rahmen ihrer Bleibegespräche mit dem Präsidium ausgehandelt.

Im Streit um die Eingliederung der OSI-Bibliothek in eine Zentralbibliothek der FU gibt es noch keine endgültige Entscheidung. Diese wird erst für die Zeit nach der Wahl eines neuen Dekanats erwartet. Offiziell ist das alte Dekanat unter Barbara Riedmüller noch bis Ende März im Amt. Eine Neuwahl noch vor den Semesterferien erschien allerdings zu Redaktionsschluss als durchaus möglich.

Der Zweitkorrektor / die Zweitkorrektorin von Examensarbeiten am OSI muss auch in Zukunft nicht zwingend von der FU kommen. Eine zwischenzeitliche Änderung der Prüfungsordnung soll zurückgenommen werden. Studierende, die ihren ursprünglichen Zweitgutachter verloren haben, könnten Widerspruch einlegen, erklärte die Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Tanja Börzel. Der Ausgangszustand könne damit wiederhergestellt werden.

Die Wahlen zum Studierendenparlament haben die alten Kräfteverhältnisse weitgehend bestätigt. Die Listen, die momentan den AStA stellen, erreichten zusammen 41 von 60 Sitzen, drei weniger als bisher. Die AStA-Koalition setzt sich momentan aus den Fachschaftsinitiativen und weiteren Listen zusammen, die sich selbst als kritisch-links verorten. Die oppositionelle Grüne Hochschulgruppe kam auf 5 Sitze und stellt damit die größte Fraktion im künftigen Parlament. Die Wahlbeteiligung lag mit 11,3 Prozent in etwa auf Vorjahresniveau.

Bei den Wahlen zum Akademischen Senat wurden politischen Kräfteverhältnisse bestätigt. Die Liste der "Vereinten Mitte" von Unipräsident Dieter Lenzen wurde erneut stärkste Kraft. Die Einzelheiten der Wahlen zum Fachbereichsund Institutsrat sowie dem Akademischen Senat können unter folgendem Link eingesehen werden: http://web.fu-berlin. de/zwv/aktuell/0809ws/2009/ bek1.pdf



In Dahlem nichts Neues

Schrødders satirischer Vergeltungsschlag

von Schrødder



Ob Krieg ist oder nicht hängt ganz vom Betrachter ab.

Ento: Haisa

▶ Am OSI herrscht Kriegszustand. Während Pest und Wundstarrkrampf durch das Foyer schleichen, hat sich das anarchistische Generalstabskollektiv der FSI-Fraktion im roten Bunker eingerichtet. Ihre Reihen sind ausgedünnt, sie haben bei der zweiten Schlacht im Hörsaal A schwere Verluste hinnehmen müssen. Brigadegeneral Hutter deckte mit einem zehnminütigen und heroischen Trommelfeuer von Hohlspitzargumenten den Rückzug der dritten Spaßguerillaeinheit. Er selbst diskreditierte sich dabei allerdings zu Tode. Seine argumentative Leiche wurde noch nicht gefunden.

Hilfe verspricht sich die FSI-Fraktion von den Schmugglertunneln, die aus dem roten Bunker zum LAI führen. Von dort werden jeden Tag mehrere Kurzstreckenargumente geschmuggelt, die auf das Institut verschossen werden. Die Armee unter Generalmajor Riedmüller reagiert bei jedem Angriff mit massiven Drittmittelgestützten Bibliotheksräumungen. Dass es dabei immer auch unschuldige Bücher trifft, scheint niemanden zu interessieren. Aber auch Sonderforschungsbereiche sind nicht uneinnehmbar. Mit der Kommandooperation "Blutige Kissen im Morgen" zeigten mehrere FSI-Zellen, dass Risses Kohorten besiegbar sind. Bei der Aktion wurden allerdings durch die Genfer Diskussionskonventionen verbotene Nazi-Vergleiche eingesetzt. Die Folgen sind kaum abzuschätzen. Friedensverhandlungen wurden unmittelbar danach ausgesetzt, das Institutskommando behielt sich vor, erneut Cluster-Bomben einzusetzen, um eine "Exzellenz der Verwüstung" zu schaffen. Die Aktion erinnerte Kriegsberichterstatter an den vor einigen Semestern von Rebellenchef Peter Grottian ohne Vorwarnung eingesetzten Vorstufe-zur-Banalität-des-Bösen-Sprengsatz. Bei dem Vorfall wurde die gesamte Bolognakritikallianz aus "dem Diskurs gebombt" (Verteidigungsministerin Börzel).

Als ob die Lage nicht schon unübersichtlich genug wäre, ziehen marodierende Milizen der liberalen Volksfront durch die Landschaft. Sie sammeln leere Worthülsen auf und füllen sie mit Wahlspruchschrot. Dann schießen sie auf jedes Thema, das nicht bei drei in Deckung gegangen ist.

Nicht weniger gefürchtet sind die Anti-Kapitalismus-Minen des AStA, die unschuldige Diskussionen in Fetzen reißen. Einige Opfer wachen noch nach Jahren nachts schweißgebadet auf und schreien "SFB angreifen! Herrschaftswissen zerstören!" Sie können nicht anders, müssen zerrüttende Diskurserlebnisse immer wieder im Traum durchleben.

Was allein bleibt, ist, einen verzweifelten Appell an alle Kriegsparteien zu richten: Kein Studi der Politikwissenschaft sollte seine Überzeugungen vor dem Ende des Studiums beerdigen müssen.

Mit der Kommandooperation "Blutige Kissen im Morgen" zeigten mehrere FSI-Zellen, dass Risses Kohorten besiegbar sind **{{**

Am Ende zählt das Geld

Das OSI opfert seiner ganz persönlichen Finanzkrise eine langjährige Tradition die Politische Erwachsenenbildung von Christa Roth



➤ 2009 – in China ist es das Jahr der Kuh. Sinnbild für Fruchtbarkeit und Wohlstand. Zumindest solange sich das gute Tier anzapfen lässt. Am Otto-Suhr-Institut (OSI) sind die Zeiten der Liquidität dieses Jahr endgültig vorbei. Wenn überhaupt, dann tropft aus dem Geldhahn nur wenig. Mit harten Konsequenzen.

Etwa für Bodo Zeuner, bis 2006 Professor für internationale Gewerkschaftspolitik und politische Erwachsenenbildung. Im Sommer veröffentlichte er seinen privaten Briefwechsel mit Sabine von Oppeln, damals Studiendekanin, über einen studentischen Emailverteiler. Darin beklagte Zeuner die Entwicklung des Bereichs politische Erwachsenenbildung seit seiner Pensionierung sowie die mangelhafte Diskussionskultur am OSI.

Konkret geht es um folgenden Sachverhalt: Nach Zeuners Ausscheiden wurde er gebeten, die verbliebenen Leistungsmittel aus seiner Kostenstelle in Höhe von über 3000 Euro für die Finanzierung eines Lehrauftrages in der politischen Erwachsenenbildung aufzuwenden. Das Institut selbst konnte aufgrund der – laut Eigenaussage – desolaten Haushaltslage nur noch bedingt für eine ausreichende Ausstattung sorgen. In besseren Zeiten war der Berufsfeldbereich mit drei etatisierten Lehrkräften ausgestattet: Zeuner, eine wissenschaftliche Mitarbeiterin (WiMi) und eine studentische Hilfskraft (SHK).

Nach deren Ausscheiden wurde keine der Stellen neu besetzt.

"Darin steckt meine halbes Arbeitsleben!" Für Zeuner wiegt diese Degradierung umso schwerer, hat er doch den Bereich der politischen Erwachsenenbildung in jahrzehntelanger Arbeit substantiell mit aufgebaut. Anders sieht dies das Dekanat. Es ließ den Bereich im Modul Allgemeine Berufsvorbereitung (ABV) kurzerhand mit anderen Praxisseminaren zentral organisieren. Eine Verschlankung zu Kosten der theoretischen Unterfütterung und ein Zustand, der für Zeuner nur schwer nachzuvollziehen ist. "Ein traditionelles und selbstverständlich auch in Zukunft wichtiges Berufsfeld für Politologen, das zum Pflichtangebot gehört", so Zeuner, müsse auch entsprechend gefördert werden. Ohne die Verknüpfung von Theorie und Praxis werde es "einen herben Qualitätsabsturz geben", entspricht doch "der schlichte Einbau von Praktiker-Unterweisungen nicht dem Ziel eines wissenschaftlichen Studiums."

Gegen die Umdeutung der "Verpflichtung des OSI zu demokratischer Aufklärung qua Erwachsenenbildung zur Verbesserung der Selbstvermarktungsstrategien seiner AbsolventInnen" sperrt sich Zeuner. Und am liebsten auch seine Leistungsmittel. Da das Institut seiner Meinung nach zu keiner nachhaltigen Finanzierung einer angemessenen Lehre in der politischen Er-▶

>>> In der Politischen
Erwachsenenbildung stecke
sein halbes Arbeitsleben,
sagt Bodo Zeuner **{{**

wachsenenbildung bereit sei, sollten auch seine Mittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Seinem Wunsch, das Geld auf die Kostenstelle von Professor Siegfried Mielke zu übertragen, kam man ebenso wenig nach wie der Aufforderung zu einer offenen Debatte über die Zukunft des Bereichs.

Was ist angesichts leerer Kassen von der Behauptung zu halten, das Geld reiche nicht für die politische Erwachsenenbildung? "Eine Grund-

Das absehbare Defizit in der

Lehre müsse man momentan

in Kauf nehmen, sagt der Ge-

schäftsführende Direktor Peter

Massing. Dass er sich umsonst für

die Neubesetzung der WiMi-Stelle

innerhalb der politischen Erwach-

bedauert er ebenso wie Zeuner **{ {**

senenbildung eingesetzt hat,

ausstattung ist nicht mehr möglich", sagt Detlef Brose, zuständiger Fachbereichsverwalter am Institut. Zur Grundausstattung gehören zum Beispiel saubere, geheizte Räume ebenso wie Bürobedarf, aber auch WiMis und SHKs. Am OSI entsprach der Grundhaushalt für das Jahr 2008

etwa 90.000 Euro. Gedeckt wurden aber lediglich 65.000 Euro durch Zuweisungen des Präsidiums. Den Rest konnte Brose wie schon zuvor in den vergangenen Jahren durch Rücklagen begleichen, die nun aufgebraucht sind.

Eine Erklärung für diesen Schuldenberg findet sich im Strukturplan. Dieser sieht eine bestimmte Anzahl bezahlter Soll-Stellen für Professuren, Verwaltungsangestellte und andere MitarbeiterInnen vor. Darüber hinausgehende personelle Überhänge, so genannte Ist-Stellen, muss der Fachbereich (FB) zum Teil selbst tragen. 2009 liegt der Anteil erstmalig bei 50 Prozent. Nächstes Jahr beträgt er sogar 25 Prozent mehr.

Tatsächlich steht der FB PolSoz im Vergleich zu anderen jedoch ausgesprochen gut da. Verantwortlich dafür sind leistungsstarke Teildisziplinen. Allerdings gibt es einen Haken: "Von 100 Prozent Haushaltsmitteln werden jedem Fachbereich an der Freien Universität nur 70 Prozent unmittelbar in die Hand gegeben", erläutert Brose. Die verbleibenden 30 Prozent bilden eine Summe, die sich nach dem Leistungsprinzip auf die FB verteilt. "Das hat bisher dazu geführt, dass der Fachbereich immer einen Zugewinn gemacht hat, also 30 plus x", führt er fort. 2008 waren es insgesamt 192.000 Euro, die als Leistungsmittel zurückkamen.

Allerdings leitet der FB PolSoz diesen Zugewinn an die jeweiligen ProfessorInnen weiter. Wer wie viel davon erhält, ergibt sich aus der Summe an erbrachten Leistungen, die in einem Kriterienkatalog festgehalten sind. Dazu zählen in unterschiedlicher Bewertung Gremienarbeit, Erstgutachten für Promotionen (Prüfung & Lehre), Drittmitteleinwerbung und die Menge an Publikationen. "Dahinter steckt die Idee, einen einigermaßen fairen Ausgleich unter den verschiedenen Teilgebieten herzustellen", erläutert Prof. Tanja Börzel in ihrer Funktion als stellvertretende Finanzsachverwalterin.

Um über die Runden zu kommen, will der Fach-

bereichsrat (FBR) bald darüber abstimmen, dass "min-

destens 50 Prozent aller Leistungsmittel zur Deckung laufender Kosten aufgewendet werden", erklärt Börzel. Allerdings nur unter Vorbehalt der Zustimmung der KostenstellenträgerInnen. Weitere Sparmaßnahmen sehen die Einsparung an der Vergabe für Lehraufträge vor. Außerdem müssen ProfessorInnen ihre SHKs, manche sogar ihre WiMis

aus ihren Kostenstellen bezahlen. Auch Soll-Stellen können zum Teil nicht länger durch den Grundhaushalt getragen werden. Und Ist-Stellen, die auslaufen, werden nicht nachbesetzt. Das dadurch absehbare Defizit in der Lehre müsse man momentan in Kauf nehmen, sagt der Geschäftsführende Direktor Peter Massing. Dass er sich umsonst für die Neubesetzung der WiMi-Stelle innerhalb der politischen Erwachsenenbildung eingesetzt hat, bedauert er ebenso wie Zeuner. Dessen Gegenspieler, das Dekanat, als allein entscheidende Instanz in diesem Fall, hat Zeuner nicht sein "Lebenswerk" verteidigen lassen.

Von den 3000 Euro Leistungsmitteln hat Zeuner übrigens nie wieder etwas gesehen. Es wäre aber mittlerweile sowieso zu spät, um sie aufzubrauchen. Laut einer Entscheidung des FBR und auch des Institutsrats, an die er sich nicht erinnern kann, werden auslaufende Kostenstellen emeritierter ProfessorInnen ein Jahr nach deren Pensionierung aufgelöst und dem Institut übertragen. Nur, wenn man sich innerhalb dieser Frist bewegt, behält man den Zugriff auf und die Verfügungsgewalt über seine Leistungsmittel. Einzige Ausnahme: Man darf öffentliche Mittel nicht an andere Kostenstellen "vererben". Zeuners erster offizieller Brief, der sich eben dieser Thematik widmet und erst Monate später beantwortet wurde, ist datiert auf den 28. November 2007. Ein Jahr nach seinem Ausscheiden. □



Foto: RK

Um die Erstis kümmert sich der Präsident...

...um den Protest die Polizei

von Stefan Hernádi

► Am Morgen der alljährlichen zentralen Immatrikulationsfeier in der Nähe des Henry-Ford-Baus - auf den letzten Drücker hat man sich noch entschieden, seine Meinung gegenüber dieser Universität und ihrer Leitung auszudrücken. Es scheint notwendig zu sein angesichts der zu erwartenden Inszenierung im Saal. Die neuen Studierenden werden das übliche "Sie studieren an Deutschlands Nummer Eins"-Credo zu hören bekommen, während die politische Nummer Eins im Staat dem Ganzen per Anwesenheit zusätzliche Legitimation verleiht. Die Rede des Vertreters der studentischen Selbstverwaltung wird zur Kenntnis genommen werden, allerdings reden die Akteure auch schon lange aneinander vorbei.

Man entscheidet sich für den individuellen Protest. Das kommt dem eigenen Gefühl der Resignation am nächsten. Die Universitätsleitung regiert im Stile eines Zentralkomitees, das eigene Institut wird rigoros umgebaut und meine Mitstudierenden scheinen sich fast gar nicht mehr für politische Fragen an der Universität zu interessieren. Viel zu bewegen ist also gerade nicht. Und so kommt es, dass man sich einfach ein Schild umhängt, sich den Mund mit Klebe-

band verschließt und vor dem Henry-Ford-Bau steht. "Freie Uni – guter Witz!" heißt es jetzt vor Bauch und Rücken. So sieht man die Situation zurzeit.

Die Nachricht wird von den sichtlich aufgeregten, teils sehr ordentlich zurechtgemachten Erstis wenigstens zur Kenntnis genommen. In der Nähe steht noch eine weitere Studentin mit ähnlichem Konzept, eine kleine Gruppe hat sich T-Shirts gemacht und beklagt sich über die umfangreiche Datenerfassung im Vorfeld der Feier. Die Polizei ist ebenfalls da und kümmert sich liebevoll um den störungsfreien Ablauf einer angemeldeten Kundgebung an der nächsten Ecke. Von Innen gucken die im schwarz-weißen Businesslook gekleideten Universitätsangestellten missmutig.

Nach kurzer Zeit scheinen alle im Audimax zu sein, viele selbstverständlich nur im Nebensaal bei der Liveübertragung. Und einige stehen trotz Einladung immer noch draußen. Dabei hat man mit einer gewissen Genugtuung den Ärger der ausgesperrten Erstis wahrgenommen. So sehen sie wenigstens schon mal, dass es um sie selbst doch nur nachrangig geht an dieser Universität.

Man bereitet sich auf das Einpacken vor, als ▶

>>> Zurück im Warmen ist man natürlich wütend. Klarer könnten Grundrechte nicht beschnitten werden Deplötzlich die Staatsgewalt an einen herantritt. Man verstoße hier gegen das Versammlungsgesetz. Der Einwand, doch nur eine Person zu sein, greift nicht. Begründung: Man beziehe sich thematisch auf die Inhalte der angemeldeten Kundgebung und sei daher Teil von ihr. Noch nie gehört und überhaupt, denkt man, aber mit dem Mann ist nicht zu diskutieren. Folgerichtig bekommt man einen umfassenden Platzverweis. Unter Androhung der Festnahme und Strafanzeige entscheidet man sich, nachzugeben. Im Nachhinein wird man darüber nicht glücklich sein.

Zurück im Warmen ist man natürlich wütend. Klarer können Grundrechte nicht beschnitten werden, denkt man. Zudem hat man ein Aufenthaltsverbot auf dem eigenen Universitätscampus. Die Wut weicht zunächst der Erheiterung über die Absurdität des gerade Erlebten und man arrangiert sich damit - "Freie Uni - guter Witz!" halt. Dann erfährt man von fünf Festnahmen und fällt fast vom Stuhl. Im Laufe des Tages rekonstruiert man die Ereignisse. Wie immer scheint es für jede Festnahme eine Begründung zu geben, doch diesmal ist es wirklich haarsträubend. Angeblich kein Impressum auf einem selbstgemalten Plakat - Vorwurf des Verstoßes gegen das Presserecht. Angeblich verbale Äußerung in Richtung der Limousine des Bundespräsidenten - Vorwurf der Bundespräsidentenbeleidigung. Klopfen an die Scheiben des Audimax - Vorwurf des Landfriedensbruchs. Und das alles wohlgemerkt auf dem Universitätsgelände.

Man erinnert sich daran, dass an der Universität das Präsidium das Hausrecht hat. Man weiß

auch, dass die Polizei erstmal daran gebunden ist. Man recherchiert, dass es solche Festnahmen von Studierenden lange Zeit nicht gegeben hat. Und man hat irgendwo schon mal gelesen, dass inneruniversitäre Konflikte - bei allen Meinungsverschiedenheiten - auch inneruniversitär ausgetragen werden. So fragt man sich schlussendlich, welche Rolle die Universitätsleitung an diesem Tag hatte, als ihre Studierenden auf dem Campus festgenommen wurden. Man versucht also in den folgenden Wochen, diese Fragen zu stellen, sowohl im Akademischen Senat als auch im Kuratorium, die zwei infrage kommenden gesamtuniversitären Gremien. Beide sehen sich aber als nicht zuständig und das Präsidium selbst schweigt. Man sieht die Börzels und Funkes am eigenen Institut, die sich jeweils auf ihre Art gerne auf die Seite der Studierenden stellen und gegen das Präsidium wettern, in diesem Fall aber nichts mitbekommen zu haben scheinen.

Und am Ende fragt man sich dann, ob man eine überzogene Sicht der Dinge hat. Andererseits hat man die repressive Verhinderung der freien und vor allem friedlichen Meinungsäußerung am eigenen Leib erfahren. Vielleicht ist die eigene Sicht daher nicht überzogen.

Um einen herum scheint so etwas allerdings niemanden mehr zu interessieren. Und das ist dann doch sehr erschreckend. Während der Gründungsmythos der Freien Universität Berlin als vermeintlicher Gegenentwurf zu politischer Verfolgung und staatlicher Repression gerade wieder besonders eindringlich beschworen wird, fühlt sich diese Universität in der Gegenwart gar nicht so frei an. Ein guter Witz eben.



Dieter Lenzen und das "fleischgewordene Sicherheitsrisiko"

Foto: BK

Ministry of Love

Wohlfühlen ist an der Freien Uni wichtiger als Informieren

von Richard Oelmann



Die Kommunikations- und Informationsstelle der Freien Universität soll - informieren. Doch tut sie in Wirklichkeit etwas ganz anderes: Sie kreiert einen Mythos. Den Mythos FU Berlin, der Probleme und Diskussionen systematisch ausblendet. Mit einem Ziel: Alle sollen sich wohlfühlen. Eine mediale Gegenöffentlichkeit scheitert an komplizierter Rhetorik, wenig Personal, niedrigen Auflagen und fehlendem Interesse.

"Daß diese Universität niemals zu einer bloßen Examensfabrik werden wird, sondern daß sie bleiben wird ein Hort der Freiheit und [...] ein Kraftquell steter Erneuerung." Nach langem Suchen findet sich dieses Zitat von Willy Brandt in einer offiziellen Publikation der FU Berlin, an dem sich die Netzwerkuniversität wieder messen lassen müsste. Auch die beiden weiteren Schriften von Sadako Ogata zu Asylrechten und Jutta Limbachs "Frauen an der Hochschule" aus dieser Reihe sind lesenswert und enthalten mehr konkrete Lösungsvorschläge als der gesamte Rest an FU-Publikationen. Während man sich heute von einem Preisausschreiben zum nächsten hangelt und mit Sachzwängen argumentiert, hatten diese beiden Frauen keine Angst vor der Zukunft, sondern brachten Probleme auf die Tagesordnung, denen sie eine eigene Vision gegenüberstellten. Von einem Unipräsidenten, der in seinen Neujahrsbriefen lediglich "Unsicherheiten kontinuierlich wachsen" sieht und auf "das Glück und den Segen" setzt, kann man diese Weitsicht nicht verlangen.

Mit der ausgewählten Einbettung der FU-Hi-

storie in die deutsche Geschichte schmiegt man sich an politische Größen und hievt sich damit in den Rahmen der großen Zusammenhänge. Diskussionen um konkrete Probleme in der Universität verschwinden aus den öffentlichen Räumen in Gremien, Ausschüssen und Kommissionen.

Nach Brandt kommt Schmidt. Die Dokumentationsreihe wird 1996 eingestellt. An die Stelle der demokratischen Gestaltung tritt die technokratische Verwaltung der Zukunft. Begleitet wird der Prozess von einer vereinnahmenden "Es-wird-ungemütlich" Rhetorik einerseits und einer Wohlfühl-Informationspolitik andererseits. Wo immer es geht, reiht sich die FU in positive Zusammenhänge ein und blendet strukturelle Schieflagen und individuelle Probleme der Studierenden systematisch aus.

In jüngsten Publikationen der FU wird deren "Freiheitsgeschichte" parallel zur deutschen Geschichte inszeniert, die sich durch viele Unwegsamkeiten hindurch letztendlich zu etwas Höherem entwickelt hat. Stanislaw Kubicki liefert als Held, pardon, Student der ersten Stunde die Personifizierung des Gründungsmythos. Dieter Lenzen gibt den Visionär, der in der FU gar den "Katalysator der epochalen Veränderungen Deutschlands" sieht. Die Universität navigiere seit ihrer Gründung 1948, die der Hausund Hofhistoriker James Tent als Kampf gegen "die Sowjets" stilisiert, durch unwegsame Turbulenzen, wie die Studentenrevolten 1968 und den Mauerfall 1989 (beides hat ja irgendwie mit "den Sowjets" zu tun), um 2007 endlich vom historischen Ballast befreit, in den Hafen der Exzellenz einzufahren.

Anstatt Probleme in der Universität zu thematisieren werden überzeugende Gewissheiten propagiert. "Folgende Erfolge werden sich einstellen", schreibt Lenzen am Ende der Broschüre "Internationale Netzwerkuniversität", woraufhin er in neun Spiegelstrichen eine Wunschliste an den Weihnachtsmann formuliert und er sich als letzten Erfolg "mehr Information über internationale Entwicklungen und ein[en] noch engere[n] Anschluss an diese" wünscht. Ist der Unipräsident also ein Mann ohne Visionen und vielmehr Erfüllungsgehilfe externer Ansprüche wie Exzellenzinitiativen, Forderungen von ▶

Drittmitteln oder globalen Sachzwängen? Ein Mann fürs Große, der nicht fähig ist, studentische Mitsprache in einen demokratischen Prozess einzubinden? Gemäß der offiziellen Außendarstellung der FU könnte man schnell diesen Eindruck gewinnen. Doch wie geht es den Studierenden an der Universität eigentlich?

Laut offizieller Pressemitteilung zu den Ergebnissen der Bachelorbefragung ist eigentlich alles besser geworden. 80% der Studierende haben die Qualität der Lehre an der FU sehr positiv bewertet und 74% waren mit dem Studium zufrieden. Nur die Prüfungen sollten besser organisiert werden (ein technisches Problem) und der Leistungsdruck wird als hoch empfunden (der Preis der Freiheit). Leben wir also in einer Orwellschen Welt oder ist am Ende wirklich alles in Ordnung?

"Die FU ist eine durch massiven Leistungsdruck selektierende Hochschule. [...] Rund drei Viertel der Studierenden klagen über hohen Leistungsdruck, die Hälfte der Studierenden gibt Schwierigkeiten mit der Vereinbarkeit von Studium und Erwerbstätigkeit an." Der AStA interpretiert die Bachelorbefragung unter anderen Gesichtspunkten. Auf einmal ist die FU eine der selektivsten deutschen Hochschulen, an der lediglich 5% der Studierenden während ihrer Bachelorzeit ins Ausland gehen, womit das Ziel der Internationalisierung klar verfehlt wurde. Weniger als die Hälfte gaben an, berufsrelevante Kompetenzen vermittelt zu bekommen und 64% wollen einen Masterabschluss, was eine flächendeckende Öffnung aller Masterstudiengänge zur Folge haben müsste. Generell werden studentische Mitbestimmungen beschnitten, ökonomische Zwänge weitergegeben, Professuren nicht weiter besetzt, stattdessen Studierende auf dem Unicampus von der Polizei festgenommen. Es brennt an allen Ecken, von Freiheit keine Spur.

Zur Zeit funktioniert der universitätsinterne



Profund - mit dem Magazin für Firmengründer inszeniert sich die FU als makellose Erfolgsschmiede Foto: SB

Konsens noch, die offizielle Außendarstellung mit Tagesspielgelbeilage, dem Gründungsmagzin Profund, einem lupenreinen Imagefilm und weiteren Publikationen bieten positive und bequeme Identifikationsmöglichkeiten, die von den Studierenden nichts weiter als die formale Studienabsolvierung unter ein bisschen Leistungsdruck fordern.

Die neu erschienene Unizeitung "Furios" versucht, mit einer 30-köpfigen Redaktion möglichst umfassend über die Universität zu berichten und hat das Potential, vielen Studierenden ein adäquateres Gesamtbild zu vermitteln. Die OSI-Zeitung bleibt von der Themenauswahl und Auflage her eine fachbereichsspezifische Zeitung.

Es bleibt die Frage, warum dieses Jahr kein Neujahrsbrief aufgelegt wurde. Vielleicht wollte sich die Universitätsleitung in Zeiten der Rezession ein wenig von der deutschen Geschichte distanzieren. Die meisten Studierenden werden die direkten Auswirkungen während ihrer Studienzeit eh nicht zu spüren bekommen. Bei so viel Lernstress und schlechten Nachrichten von der Welt da draußen sollte das Ministry of Love nicht noch den Finger in die Wunde legen, sondern auch weiterhin eine wohlig warme Atmosphäre vermitteln.

IMPRESSUM

Die OSI-Zeitung erscheint am Fachbereich Politikund Sozialwissenschaften der FU Berlin

Redaktion: Marcel Heberlein, Max Enno Hildebrandt, Gerrit Horak, Christa Roth, Björn Uhlig

Layout: Marcel Heberlein, Gesine Hildebrandt, Max Enno Hildebrandt, Gerrit Horak, Björn Uhlig

Fotos: Alina Barenz (AB), Skadi Borchert (SB), Björn Kietzmann (BK), Christian Mutter (CM) Mitarbeit an dieser Ausgabe: Max Czollek,

Stefan Hernádi, Richard Oelmann, Hilke Rusch, Julia Stark, Frida Thurm

Druck: Herforder Druck, Herford

Kontakt: osi_zeitung@yahoo.de, http://osizeitung.siteboard.de

V.i.S.d.P.: Gerrit Horak, Pannierstr. 13, 12047 Berlin

Das "apropos Wahlkampf"-Projekt-Praktikum* beim OSI-Club ab Mitte/Ende März 2009



Der OSI-Club ist der Alumni- und Förderverein am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Er hat inzwischen über 750 Mitglieder, darunter etwa 1/3 Studierende. Förderschwerpunkte sind Lehrveranstaltungen in den Bereichen Afrika sowie Politik und Kommunikation. Der OSI-Club organisiert auch den jährlichen Berufspraxistag, die Praktikabörse auf der Webseite www.osi-club.de, Besuche am Arbeitsplatz, Parlamentarische Abende und mehr. Der Club arbeitet ehrenamtlich.

Mehr Infos zum OSI-Club finden sich unter www.osi-club.de.

Projekt

- Vorbereitung und Organisation der Ringvorlesung "apropos Wahlkampf" im Sommersemester 2009 (montags, 18 Uhr im OSI)
- Gestaltung des begleitenden Internet-Angebots auf www.osi-club.de, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Betreuung der Referent/inn/en, Tonaufzeichnung etc.
- Mitarbeit bei Redaktion und Produktion eines Dokumentationsbandes
- Transkription von Vorträgen, Bearbeitung von Manuskripten, Kontakte mit Referent/inn/en und Verlag halten
- Abstimmung von Texten mit den Autor/inn/en, Auswahl von Fotos und Erstellen der Druckvorlage
- Außerdem: Unterstützung des Vorstands und der Geschäftsführung bei den regulären Aktivitäten des OSI-Clubs (Office-Aufgaben, Mitgliederrecherchen, Veranstaltungen...)

Das Praktikum endet in der Regel mit der Abgabe der Druckvorlage.

Voraussetzungen

- Gutes Verständnis des Themenfeldes "Wahlkampf"
- Erstidassige Kenntnisse der deutschen Sprache in Rechtschreibung und Grammatik
- Gute PC-Kenntnisse (Texterfassung und Textverarbeitung, Umgang mit Dokumentvorlagen, Layout)
- Flexibilität, Stressresistenz, Organisationsgeschick, angenehme Umgangsformen, F\u00e4higkeit zu selbst\u00e4ndigem Arbeiten
- Studium der Politologie und/oder Publizistik und/oder ähnlicher Fächer

Aufwand und Lohn

Der Arbeitsaufwand beträgt ca. 20 Stunden pro Woche. Am Ende steht ein Buch (Edition OSI-Club, Verlag Peter Lang), in dem in der Rubrik "redaktionelle Mitarbeit" Dein/Ihr Name aufgeführt ist.

Wir honorieren dieses Projekt-Praktikum geringfügig bis zur Abgabe der Druckvorlage.

Kontakt und Bewerbungen

Bitte bis 15. Februar 2009 ausschließlich per E-Mail mit Foto und Lebenslauf an Christian Walther vom OSI-Club-Vorstand (walther@osi-club.de).

*) Interessent/inn/en, die kein Praktikum benötigen, sich aber dennoch für die Aufgabe interessieren, können sich natürlich auch gem melden.